

Beschluss

Ausbau überregionaler Radwege aus Bundesmitteln finanzieren

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der Bund in den nächsten Jahren
- 2 ausreichend finanzielle Mittel für den Radverkehr vorsieht. Laut Nationalem Radverkehrsplan
- 3 sind 30 Euro pro Person pro Jahr erforderlich, davon muss der Bund mindestens ein Drittel
- 4 übernehmen. Perspektivisch streben wir eine Radverkehrsmilliarde an. Dafür müssen in den
- 5 Jahren ab 2023 der Topf für Radwege an Bundesfernstraßen aufgestockt und insbesondere
- 6 ausreichend Mittel für das Programm Stadt&Land bereit gestellt werden.

- 7 Radwege an Bundesfernstraßen müssen ebenso wie die Radinfrastruktur in den Kommunen schnell
- 8 ausgebaut werden können. Die Kommunen brauchen eine Finanzierungs-Perspektive, damit sie die
- 9 Planung von Radverkehrsprojekten aufnehmen oder fortsetzen können. Bund und Länder müssen
- 10 die Kommunen bei der Aufgabe des Ausbaus überregionaler Radwege soweit unterstützen, dass
- 11 für sie dadurch kein überproportionaler Mehraufwand entsteht.